

4. Steuergerechtigkeit

Gute Arbeit statt prekärer Beschäftigungsverhältnisse

Fürth muss eine solidere Finanzbasis für kommunale Aufgaben schaffen.

Bisher befreite Gewerbe und Berufe müssen unter Einhaltung von Freibeträgen einbezogen werden.

Bei der Neuansiedelung von Betrieben sind klare Auflagen hinsichtlich der Nachhaltigkeit der Arbeitsplätze und ökologischer Faktoren nötig.

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen müssen Auftragnehmer und Subunternehmern auf die Einhaltung der repräsentativen Tarifverträge, auf einen Mindestlohn von 10 € pro Stunde und ökologische Vorgaben verpflichtet werden.

Betriebe, die ausreichend ausbilden, müssen bei städtischen Aufträgen bevorzugt werden. Wir fordern:

- eine Vergabepolitik öffentlicher Aufträge in der Region zur Bindung von Steuern und Kaufkraft sowie zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen
- einen Ausbildungsplatz pro 10 Beschäftigte in städtischen Betrieben
- den Ausbau des öffentlichen Dienstes, effektiv und bürgernah unter Mitbestimmung der Beschäftigten
- neue Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich zur Verbesserung der städtischen Dienstleistungen
- die Stärkung der kommunalen Infrastruktur zur Unterstützung der mittelständischen Handwerks- und Gewerbebetriebe
- mehr Chancengleichheit der Geschlechter - mehr Frauen in Führungspositionen
- Gute Arbeit - sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze statt prekärer Beschäftigung

5. Soziale Verkehrspolitik

Auch Fürth ist von Luftverschmutzung, Verkehrslärm und Klimawandel betroffen. Wir streben den umweltverträglichen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs an, mit dem Ziel besserer öffentlicher Verkehrsmittel anstelle des motorisierten Individualverkehrs. Wir setzen uns ein für:

- bessere Taktzeiten der Buslinien
- die Anschaffung kleiner Busse für abends und am Wochenende
- eine verbesserte Liniennetzstruktur und kostenlose Pendlerparkplätze
- die Ausweisung von mehr Parkplätzen bevorzugt für die Anwohner
- die Ausweisung von mehr Behindertenparkplätzen
- keine Subventionierung von Stellplätzen für Unternehmen
- ein stark verbilligtes Semesterticket für Fürth-Nürnberg-Erlangen inklusive der vorlesungsfreien Zeit

- ein verbessertes Sozialticket in Form einer 15 € - Monatskarte im Bereich Fürth – Nürnberg - Erlangen
- keine weiteren Fahrpreiserhöhungen im ÖPNV
- die Wiedereinführung des Kurzstreckentarifes für ganz Fürth
- die Einführung eines 1€ - Ticket für drei Haltepunkte
- die Umrüstung von Bussen auf Erdgasantrieb oder klimaneutrale Antriebssysteme
- den Ausbau der Radwege
- den Ausbau der Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge

6. Fürth frei von Nazis und Rassismus

Für ein buntes Fürth

Antifaschistische Initiativen sind zu unterstützen. Naziaufmärsche müssen verboten werden. Die Abschiebung von Flüchtlingen ist zu beenden. Die Lebensbedingungen von Asylsuchenden müssen verbessert werden. Menschen mit Migrationshintergrund dürfen nicht länger benachteiligt bleiben. Sie sind von Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich betroffen. Deswegen werden wir uns einsetzen für:

- die Förderung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten gegen Faschismus und Ausländerfeindlichkeit
- die politische und finanzielle Unterstützung antifaschistischer und antirassistischer Projekte und Initiativen
- das Verweigern von Eilanträgen zu Versammlungen von „rechten Gruppierungen“
- die konsequente strafrechtliche Verfolgung rassistischer, antisemitischer und neonazistischer Straftaten
- Streetworker, die das Umfeld der Neonazis ausdünnen und den Zulauf junger Menschen in die Neonazi-Szene verhindern
- die Anstellung von mehr Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst
- Aufklärung über das populistische Schlagwort „Wer betrügt, der fliegt.“ Die LINKE wendet sich gegen die Vorverurteilung europäischer Mitbürger
- das Wahlrecht für alle, die ihren Hauptwohnsitz in Fürth haben

Am 16. März 2014 wählen !!!

DIE LINKE.



**Gemeinsam stark:
DIE LINKE in Fürth**

DIE LINKE.

DIE LINKE in den Stadtrat:

6 vorrangige Punkte für unsere Stadt

1. Für ein sozialeres Fürth

Öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen statt privatisieren

Bildung, Gesundheit und Pflege, Betreuung, Kultur, Mobilität, Wohnen, Wasser, Gas und Strom sind elementarer Bestandteil sozialer Sicherheit und Voraussetzung für die Teilnahme am öffentlichen Geschehen. Deshalb verteidigt DIE LINKE die öffentliche Daseinsvorsorge und tritt für ihre Stärkung und Ausweitung ein. Wir wollen den Verkauf öffentlicher Einrichtungen und des öffentlichen Eigentums zum Beispiel an Wohnungen und Versorgungsunternehmen verhindern.

Privatisierungen sind auch ein Verlust von Demokratie. Wenn es immer weniger Bereiche gibt, für die der demokratisch gewählte Landtag oder die Kommunalparlamente Entscheidungs- und Gestaltungskompetenz haben, schwächt das die Demokratie und fördert die Politikverdrossenheit.

Fürth muss sich entscheiden, wofür kommunale Finanzen ausgegeben werden. Die LINKE wendet sich gegen die Mitfinanzierung von kommerziellen Großprojekten. Stattdessen wollen wir Projekte fördern für die Sicherstellung und die Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen in Fürth. Wir unterstützen die Forderungen des Fürther Sozialforums und werden uns darüber hinaus einsetzen für:

- eine Aufforderung an die kommunalen Vertreter im Verwaltungsrat der Sparkasse, den Wucher bei den Dispo-Zinsen zu beenden. Wir treten dafür ein, dass diese Zinsen den EZB-Leitzins plus maximal 5% nicht überschreiten
- ein verbessertes Sozialticket in Form einer 15 € - Monatskarte im Bereich Fürth-Nürnberg-Erlangen
- einen stark ermäßigten Eintritt in allen Bädern
- die Beseitigung des Pflegenotstandes. Die Zahl der Pflegekräfte muss dem wachsenden Pflegebedarf entsprechen und deutlich erhöht werden
- den barrierefreien Ausbau von Straßen, Wegen, Wohnungen und öffentlichen Gebäuden
- die bessere Unterstützung von Wohlfahrtseinrichtungen wie der Wärmestube
- keine Privatisierung des Fürther Klinikums
- die Rekommunalisierung aller kommunaler Einrichtungen wie der ganzen Infra – ein Projekt von erhöhter Wichtigkeit seit die Privatisierung durch die Hintertür mit dem geplanten Freihandelsabkommen TTIP droht
- die Erweiterung des Sozialpasses.
- eine transparente Kommunalpolitik vor allem in Bezug auf den Haushalt

2. Wohnen ist Grundbedürfnis und Menschenrecht

Menschenwürdiges Wohnen darf kein Luxus sein. Die dramatisch zunehmenden Zwangsrumräumungen oder Zwangsumzüge sind menschenunwürdig. Sie verschärfen soziale Notlagen und belasten die Stadt langfristig finanziell. Mietwohnungen sollten nicht mehr in Eigentumswohnungen umgewandelt werden, Wohnraumleerstand muss erfasst werden. Mit Wohnraum darf nicht spekuliert werden. In den qualifizierten Mietspiegel müssen genügend günstige Wohnungen einfließen. Deswegen werden wir uns einsetzen für:

- keinen weiteren Verkauf städtischen Wohneigentums sondern Schaffung und Ausbau neuer Wohnungen
- eine stärkere Förderung des sozialen Wohnungsbaus und der Bereitstellung notwendiger finanzieller Mittel durch die Kommune und kommunale Wohnungsunternehmen
- ein Umwandlungsverbot, daß die Ausschachtung institutioneller Wohnungsbestände durch Finanzinvestoren erschwert bzw. verhindert
- ein kommunales Programm für Altbausanierung, um diesen günstigen Wohnraum zu erhalten
- eine Verhinderung der Verdrängung von Mieterinnen und Mietern mit niedrigem Einkommen ins Umland der Stadt
- die Ergänzung aller Förderregeln um die Punkte Barrierefreiheit und Klimagerechtigkeit
- die Einführung einer 30%igen Sozialwohnungsquote beim Wohnungsbau durch private Investoren
- die Individualisierung des Wohngelds, das auf die Bruttowarmmiete bezogen werden muss. Die regionalen Wohngeldtabellen sollen regelmäßig überprüft und an die steigenden Mieten angepasst werden. Heizkosten müssen wieder im Wohngeld enthalten sein
- die Deckelung der Mietpreissteigerungen
- die Vermeidung von Wohnungsleerstand. Die Stadt Fürth hat dafür Sorge zu tragen, spekulativen Wohnungsleerstand von mehr als drei Monaten zu unterbinden

3. Gute Bildung für Alle

Keine soziale Auslese von Schülerinnen und Schülern. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Durch die soziale Auslese unseres antiquierten Schulsystems ist ihre Zukunft oftmals frühzeitig vorprogrammiert.

Die Kinder- und Jugendhilfe darf nicht betriebswirtschaftlich orientiert sein. Eine ausreichende Versorgung mit Krippen- und Hortplätzen muss eine Selbstverständlichkeit sein. Wir setzen uns ein für:

- flächendeckende gebührenfreie Tageseinrichtungen mit dem dafür erforderlichen Personal
- für die Schaffung eines Rechtsanspruchs auf kostenfreien Zugang für das erste Kita - Jahr
- mehr Kinderpfleger/innen, Erzieher/innen und deren bessere Bezahlung
- die sofortige Anpassung des Grundbetreuungsschlüssels auf 1:10 (eine Erziehungsperson für maximal zehn Kinder), mittelfristig auf 1:8, bei bis zu Dreijährigen auf 1:4
- gesunde und kostenfreie Mahlzeiten für Kinder in allen Einrichtungen
- die Vereinfachung des Übergangs zwischen den Schularten
- mehr Lehrer/innen an städtischen Schulen
- kostenlose Deutschkurse für Kinder mit Migrationshintergrund und deren Eltern
- den Ausbau des bestehenden Unterstützungsangebotes bei der Ausbildungsplatzsuche für Jugendliche mit Migrationshintergrund oder aus schwierigen sozialen Bedingungen
- mehr Lehrer/innen mit Migrationshintergrund
- bessere Einbindung und Unterstützung von Schüler- und Elternbeiräten in die schulischen Belange
- ein Verbot der Werbung durch Jugendoffiziere der Bundeswehr an den Schulen
- ein selbstverwaltetes Jugendzentrum
- mehr und bessere Unterrichtsräumlichkeiten an den Schulen sowie entsprechende Ausstattung und schülergerechte Pausenanlagen